

Fi
3.4.13

„Die Linke“ hält daran fest, die FBQ zu stoppen

Malte Riechey: Varianten der Bahn sind raumunverträglich

FEHMARN ■ Nach Abschluss der Einwendungsfrist beim Raumordnungsverfahren (ROV) zur Schienenhinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung (FBQ) meldet sich „Die Linke“ zu Wort. Für Malte Riechey, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Herbert Behrens, steht fest: Eine raumverträgliche Trassenführung wird es nicht geben und die von der Deutschen Bahn vorgelegten Varianten sind „absolut raumunverträglich“.

Für Riechey weisen die durch die Deutsche Bahn vorgelegten Planungsunterlagen erhebliche Mängel auf. Hierauf aufmerksam gemacht haben auch schon die zahlreich Betroffenen in ihren Eingaben zum ROV.

Das FBQ-Projekt reihe sich ein in die Riege der umstrittenen Großprojekte wie Stuttgart 21 oder Flughafen BER, kritisiert Rie-

chey. Und die Unwägbarkeiten würden aus Sicht der Linken immer größer. Sie nennen die Fehmarnsundbrücke, die den Verkehrsprognosen nicht mehr gewachsen sei und deshalb eine zweite Sundquerung erfordere. Kosten hierfür würden bei der Kalkulation für die Hinterlandanbindung einfach ausgeklammert. Und während die Bundesregierung für die Hinterlandanbindung immer noch mit „Kosten von unter einer Milliarde Euro zu Preisen von 2003“ ausgehe, beliefen sich die Kosten (ohne Einbeziehung einer zweiten Sundquerung) nach Einschätzung des Bundesrechnungshofes auf bis zu 1,7 Milliarden Euro, bemängelt Malte Riechey.

Mit Blick auf den Bundeshaushalt hat „Die Linke“ Sorge, dass der Etat die zu erwartenden Beträge überhaupt hergibt. So fehlten momentan über neun Milli-

arden Euro für im Bau befindliche Schienenprojekte aus dem vordringlichen Bedarf und über 14 Milliarden für weitere 31 geplante Projekte, so Riechey, der prophezeit, dass bei einem Bau des Megaprojektes FBQ viele andere norddeutsche Verkehrsprojekte wie die Erthüchtigung des Nord-Ostsee-Kanals nicht oder nur viel später umgesetzt werden könnten.

„Die Linke“ ist überzeugt davon, dass sich die FBQ noch aufhalten lasse, „wenn dazu wirklich der politische Wille besteht“. Dazu bedürfe es vieler kritischer Briefe, Bürgerinitiativen und Proteste aus der Region, um die anderen politischen Parteien unter Druck zu setzen.

„Die Linke“ werde sich mit allen parlamentarischen Mitteln weiter dafür einsetzen, dieses Projekt zu stoppen, erklärt Malte Riechey abschließend. ■ hö